

Der Arbeiterfreund

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrgang 8, Nr. 15

Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisation der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Laustzer Platz 13

Preis 15 Pfennig

Zur VIII. Reichskonferenz Antistreikgesetz in England

Das schon lange angekündigte Antistreikgesetz gegen die englische Arbeiterschaft ist jetzt von der Baldwin-Regierung im Unterhaus eingebracht worden und enthält im wesentlichen folgende Bestimmungen:

§ 1 erklärt jeden Streik mit irrendem anderen als rein wirtschaftlichem und industriellem Zweck (also Generalstreik und Sympathiestreik) als illegal, nämlich alle Streiks, die die Rechte weinen oder die Allgemeinheit oder einen wesentlichen Teil der Allgemeinheit einschließen sollen. Ebenso illegal soll es sein, irrendeweise Mittel für dergleichen Streik zu sammeln oder zur Verfügung zu stellen. Jede an einem solchen Streik teilnehmende Person ist strafbar. Uebertretern können bis zu 2 Jahren Gefängnis bestraft werden.

§ 2 ist gegen die Maßregeln von Streikbrechern gerichtet und verbietet den Gewerkschaften, Mitgliedern, welche sich weigern, an einem solchem Streik teilzunehmen, aus der Gewerkschaft auszuschließen oder sie in irgendeiner Weise von den übrigen Gewerkschaftsmitgliedern zu benachteiligen. Die entsprechenden Klauseln müssen aus dem Gewerkschaftsstatut gestrichen werden.

§ 3 verbietet jedes Massenstreikpostenstehen und jegliches Verhalten vom Streikposten, das als ein Einschüchterungsver such gegen Arbeitskräfte betrachtet werden kann; jeglicher Streikpostenstreik vor dem Hause, in welchem ein Arbeiter wohnt, ist ausdrücklich verboten.

§ 4 verbietet die bisher in England übliche Form der politischen Beitragsleistung der Gewerkschaftler an die Arbeiterpartei. In Zukunft muß jeder Gewerkschaftler, der einen politischen Beitrag leistet, d. h. die Mitgliedschaft in der Arbeiterpartei besitzt, eine positive Erklärung abgeben, daß er die Beitragsleistung zu zahlen wünscht. Den politischen Fund müssen die Gewerkschaften in Zukunft vollkommen getrennt von den übrigen Gewerkschaftsangelegenheiten verwalten.

§ 5 verbietet den Staatsbeamten die Mitgliedschaft an irgend einer Organisation, deren Hauptzweck die Verbesserung des Lebens und Arbeitsbedingungen der Beamten ist, falls die betreffende Organisation noch andere Personen als nur Staatsbeamte in ihre Reihen einschließt. Jegliche Verbindungen, die erlauben Standesorganisationen mit dem Gewerkschaftsverband (Allgemeiner Gewerkschaftsverband) sind verboten. Dieser Paragraph sieht gewisse Ausnahmen vor, die es unter Umständen Beamten gestatten, ihre bisherige Mitgliedschaft an Gewerkschaften beizubehalten, falls sie durch den Austritt eines Unterstützungsrechtes beraubt würden.

§ 6 ist gegen die von Arbeitermehrheiten regierten Stände und Behörden gerichtete und bestimmt, daß in Zukunft keinerlei Behörden gewerkschaftliche Mitgliedschaft zur Bedingung für die Einstellung eines Arbeiters oder Angestellten oder für dessen weitere Beschäftigung machen dürfen.

Dieses Antistreikgesetz Baldwins ist ein konkreter Ausdruck dafür, daß auch England sich nicht dem Druck der kapitalistischen Verhältnisse auf dem europäischen Kontinent erwehren kann. Das Mutterland der formalen Demokratie wird immer mehr in den kapitalistischen Krisenstrudel hineingezogen und dies um so schneller, je mehr die Schwierigkeiten des britischen Kapitalismus infolge der fortschreitenden Industrialisierung und Selbständigkeitsbestrebungen seiner Kolonien wachsen. Die englische Bourgeoisie konnte die streikenden Bergarbeiter nach siebenmonatigen Kämpfe wohl mit der Hungerpeitsche auf die Knie zwingen, — aber es war ein teurer erkaufter Sieg. Denn die britische Kapitalistenklasse steht jetzt vor der benennenden Aufgabe, die verloren gegangenen Absatzmärkte draußen in der Welt zurückzuerobern. Sie muß die technisch rückständigsten Produktionsanlagen, besonders der Kohlenindustrie, vervollkommen, sie muß mit allen Kräften an die Rationalisierung der Wirtschaft gehen, um ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu steigern und so die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wettbewerb schaffen. Die Rationalisierung aber, zu der die englische Bourgeoisie gezwungen ist, kann auch dort nur auf Kosten der proletarischen Massen vor sich gehen, wenn sie ihren Zweck der restlosen Ausschöpfung der vorhandenen Profitquellen erfüllen soll. Das bedeutet, daß die britische Arbeiterschaft wie die deutsche einer gesteigerten Ausbeutung entgegengeht. Die englische Kapitalistenklasse muß im Prozeß der Rationalisierung ebenfalls alle überflüssigen Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozeß ausschalten, sie muß die Leistungsfähigkeit der betriebsfälligen Proletarier auf höchste anspannen, sie muß mit weniger Arbeitskräften die Produktivität der Wirtschaft steigern. Dieser wachsende soziale Druck treibt die englischen Arbeitermassen gleichfalls in eine Welle der Verelendung und verschärft auch die Klassengegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Und damit muß die Rationalisierung nicht durch neue Riesenstreiks empfindlich gestört wird, will sich der britische Kapitalismus durch ein Antistreikgesetz sichern. Der Streik als Druckmittel gegen die Kapitalisten und ihre staatlichen Organe wird zum Verbrechen erklärt, die proletarischen Organisationen sollen sich dem Befehl der bürgerlichen Machthaber unterstellen.

Der englischen Arbeiterschaft wird durch das Antistreikgesetz klar vordemonstriert, daß auch ihre Demokratie nichts anderes ist als Feigenblatt der kapitalistischen Diktatur. Und die britischen Proletarier müssen weiter erkennen, daß ihre Amsterdamer Gewerkschaften infolge ihrer Verbundenheit mit dem kapitalistischen System ebenfalls vor dem Antistreikgesetz kapitulieren müssen. Die englischen Gewerkschaftsinstanzen werden genau so wie die deutschen nur um ihre bloße Existenz kämpfen, aber nicht das Antistreikgesetz zum Ausgangspunkt revolutionärer Massenkämpfe gegen die kapitalistische Gesellschaft machen. Der Kapitalismus selbst ist es eben, der auch die englischen Proletarier immer geistlicher vor die Aufgabe stellt, ihren Klassenkampf auf revolutionärer Basis zu führen.

In dieser Situation einer umfassenden Kapitaloffensive und einer noch vorherrschenden Ohnmacht des Proletariats tatz die VIII. Reichskonferenz der AAU. Doch so groß auch die Ohnmacht der Arbeiterklasse/nach ist, so stößt doch die Suche der Passivität bereits sichtbar an ihre Grenzen. Hier und dort werden Proletarier von den brutalen Schlägen der Schlichtungsdiktatur aufgepeitscht und durchbrechen den Wirtschaftsfrieden. Das unaufrichtige Trommelfeu der kapitalistischen Rationalisierungsoffensive selbst zerreißt die Pestatmosphäre der sozialen Kirchhofruhe, der konvergenzrevolutionären Boden wird revolutionär. Noch treten die aufgepeitschten Arbeiterbataillone mit reformistischen Illusionen auf den Plan, aber sie rebellieren bereits gegen das höllische Werk der reformistisch-kapitalistischen Einheitsfront. Und daß die Gewerkschaften die ausbrechende Rebellion gegen die Schlichtungsdiktatur der formalen Demokratie noch als „Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen“ in die Sackgasse der kapitalistischen Legalität treiben können, ist nur möglich, weil die Arbeitermassen die gewerkschaftliche Praxis in der jetzigen Hungeroffensive des Kapitals noch nicht fähig genug am eigenen Leibe verspüren. Der eine Dolchstoß der Gewerkschaften in den Rücken der streikenden Hakenarbeiter Hamburgs genügt noch nicht, um dem Proletariat den Blick zu schärfen zum Erkennen des Gebots der Stunde. Aber jede Schwächung des proletarischen Kampfes durch die Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft zwingt die Gewerkschaften, die Interesse des von ihnen propagierten kapitalistischen „Wiederaufbaues“ immer schamloser vor dem schwarzrotgelben Faschismus zu kapitulieren.

tivität zu steigern gezwungen ist. Die „Europäisierung“ Amerikas ist zweifellos im Gange. Die USA nähern sich dem europäischen Krisenstadium, mögen Gewerkschaften und Sozialdemokratie noch so sehr mit dem Laufband und den Dollar sympathisieren, mag ihnen die KPD noch so sehr die Proletarier zutreiben.

Zur Reichskonferenz Bemerkungen zur Taktik-Debatte

Aussprechen, was ist! In der Berliner Diskussion sind einige Fragen in falschem Lichte erschienen, so daß heute trotz des Zentralausschusses der Partei eine Reihe von verwirrenden Mißverständnissen aufgetaucht sind. Es hat so schier den Anschein, als wären wir in die Zeit der Auseinandersetzung mit den „Essenern“ zurückgeworfen. Worum geht es? Geht es um grundsätzliche Differenzen? Nein, in der Einschätzung der kapitalistischen Krise und ihrer Perspektive gibt es keine unterschiedlichen Auffassungen. Es geht darum, eine teilweise „taktische Einstellung“ mit Stumpf und Stiel auszurotten, die allein mit dem Schlagwort „Todeskrise“ alles beweisen will und dann dafür, daß sie damit nichts beweisen kann, grollend die dimmen Arbeiter verantwortlich macht.

Es ist wieder die altbekannte Vogelscheuche in die Diskussion geworfen worden, mit der damals die „Essener“ reichlichen Unfug getrieben haben: „Ihr wollt Lohnkämpfe führen!“ Ein Teil unserer Genossen hat in den letzten Jahren einen isolierten, fast aussichtslos erscheinenden, übermenschlichen Kampfes allmählich vergessen, was wir „Kampfrat“, Jahrg. 1922) den Essenern Privilegien-Theoretikern darauf antworteten: Es geht nicht um die Frage „Für oder gegen den Lohnkampf!“

Die Aufgabe der Union ist die Sammlung der klassenbewußten Arbeiter zum Kampf um die Macht und die Produktion. Stehen die wirtschaftlichen Kämpfe im Gegensatz zur Revolution? Sind sie also konterrevolutionär? Wenn ja, dann hat die Union die Pflicht, von vornherein mit allen Mitteln diese Lohnkämpfe zu bekämpfen. Das wäre dann immerhin eine Logik, wenn auch die Konsequenz dieser Logik der offene Streikbruch ist. Sie aber trotzdem „solidarisch“ am Lohnkampf zu beteiligen, wäre dann höchster Opportunismus und gleichzeitig —

Nun stehen aber die wirtschaftlichen Kämpfe tatsächlich nicht im Gegensatz zur Revolution und darum braucht der Revolutionär kein Streikbrecher zu werden. Der Klassenkampf (nicht als leeres Wort, sondern als Realität) basiert auf den täglichen sozialen Konflikten zwischen Kapital und Arbeit. In seiner Niedrigperiode muß das Kapital das proletarische Lebensniveau immer tiefer herabdrücken. Rationalisierungsgeile und Schlichtungsspeisende sind dazu die Mittel des Kapitals und seiner gewerkschaftlichen Lakaien. „Der Widerstand gegen die Hungeroffensive und Schlichtungspraxis der Demokratie“ — sagt der Theoretiker (IV) richtig — „wird zum Dreh- und Angelpunkt der Massenaktion gegen die kapitalistische Legalität“. Die wirtschaftlichen Kämpfe sind also die Vorkämpfer der Revolution. Die Revolution, der Kampf um die wirtschaftliche und politische Macht ist dabei der höchste Punkt im Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit. Und wer Augen hat, zu sehen, der muß erkennen, daß die Fragestellung „Für oder gegen Lohnkampf“ kompletter Irrsinn ist.

Welches Verhältnis muß nun die Union zu den wirtschaftlichen Kämpfen einnehmen? Die Union muß den Arbeitern die politischen Konsequenzen des Kampfes vor Augen halten und gegen die Führung und Umleitung des Kampfes durch die gewerkschaftlichen Lakaien ankämpfen. Was müssen die Unionisten also tun, wenn die Arbeiter sich auf diese ihre Kampfplattform stellen? Sie müssen dann die Führung des Kampfes übernehmen; nicht deshalb, weil sie die Führung des Lohnkampfes als ihre Aufgabe betrachten, sondern deshalb, weil sie sich sonst jeder Möglichkeit begeben würden, diesen anfänglichen Lohnkampf auszuweiten und zum revolutionären Machtkampf vorwärtszutreiben. Das ist die Kardinalfrage: das ist die Lebensfrage der Allgemeinen Arbeiter-Union. Denn im anderen Falle muß sie die Arbeiter wieder den Ordeschewerkschaften ausliefern und kann ihre Aufgabe der Sammlung der klassenbewußten Arbeiter für die proletarische Revolution nicht erfüllen; sie hätte somit keine Existenzberechtigung. Daran ist es nichts zu drehen und zu drehen. Hier gilt es Farbe bekennen. Hier muß klar ausgesprochen werden, was ist!

Der Antrag des 3. Bezirks interstelt einfach, daß von anderer Seite (Thesen-Eutwurf) der „Brotkampf“ — übrigens ein Begriff, den man ruhig den Syndikalisten überlassen sollte — als solcher als Kampf um die Revolution angesehen wird. Das wäre natürlich ein ebenso großer Unsinn, wie die Idealisierung der russischen Nep als Kommunismus. Mit solcher Vorwegnahme läßt sich nämlich richtig, wobei natürlich natürlich alle Schlußfolgerungen, besonders das lamose Beispiel von 1918 vollkommen deplaziert sind. Aber eine Wächung klinkt für revolutionäre Marxisten höchst befremdend. Es wird gesagt: wenn ein Lohnkampf ein Kampf um die Revolution ist (welche Auffassung kein einziger Genosse vertritt), dann muß man Lohnkämpfe propagieren und dann wird „Ideologie des Reibens an den materiellen Dingen erzeugt“. Abgesehen von dem leeren Anklang an die Essener Privatwirtschaftstheorie muß doch gesagt werden, daß eine solche Ideologie gar nicht „erschaffen“ werden kann, da sie aus den materiellen Produktionsverhältnissen erwächst. Der Klassenkampf und sein höchster Punkt, die proletarische Revolution, ist eine höchst materielle Angelegenheit; und auch die Hingabe des Revolutionärs an die Sache entspringt letzten Endes den materiellen Interessen seiner Klasse. Wir wollen nicht hoffen, daß die Antragsteller aus der AAU, einen aristokratischen Vereln machen wollen.

Eines müssen wir noch sagen, was nicht ist: nämlich ein rechtzeitiger, klarer und eindeutiger Thesenentwurf, d. h. keine Thesen, wo in zwei knappen Sätzen die Kernfrage der Taktik behandelt wird, die man dazu noch aus allgemeinen, z. T. in diesem Zusammenhang überflüssigen, Ausführungen mühsam herausfischen muß. Dann sind solche Anträge verständlich. Auf der einen Seite wurde der Antrag des 3. Bezirks damit bekräftigt, daß Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen konterrevolutionär sind, was bestimmte, vorhin gezielte logische Konsequenzen nach sich zieht. Auf der anderen Seite spricht sich der Antrag selbst in ganz gewundener Weise doch dafür aus, daß wir in Lohnkämpfen, wenn sie schon Massenbewegungen geworden sind, für Aktionsausschüsse einsetzen sollten, die nach vollzogener Wahl vor die Frage der Revolution gestellt werden sollen: von der Antwort hängt dann das aktiv revolutionäre Verhalten ab.

Soll man unser aktiv revolutionäres Verhalten einsetzen, nachdem die Aktionsausschüsse sich auf unseren Boden stellen? Oder wenn die auf unser Anraten gewählten Aktionsausschüsse dann nicht in unserem Sinne arbeiten? In jedem Falle wird es natürlich aktiv revolutionäres Verhalten an dem Tag liegen. Die ganze Formulierung und Fragestellung ist unklar und widersinnig dazu; sie hat höchstens den einen Sinn, eine bestimmte, zwangsläufige, gleichwohl missige „starre Einstellung“ zum Prinzip der Union zu erheben.

Die Union erfolgen soll. Zum Donnerwetter nochmal, wozu stellt man dann diesen Antrag überhaupt! Was ist an den Thesen falsch? Wird darin nicht, wenn auch in gedehnter Form, ausgesprochen, wodurch die Führung der Kämpfe, die anfangs naturgemäß „Brotkampf“ charakter tragen, durch die Union bedingt wird? Wenn die Genossen des 3. Bezirks das als richtig anerkennen: wozu dann das ganze spekulativ Frage-Antwortspiel von „bedingt“ und „unbedingt“? Wenn die Thesen infolge der „konzentrierten“ Formulierung nicht klar und eindeutig genug sind, soll man sie in diesem Sinne verbessern. Auf keinen Fall ist es anzunehmen, daß schon vorhandene Unklarheit durch dergleiche neue Anträge zu vergrößern.

Aber in diesem Antrag guckt verschleierte, den Genossen unbewußt, der Essener Pferdefuß der Zweiseiten-Theorie hervor. Erst will man sich für Aktionsausschüsse einsetzen und dann von deren Verhalten das „aktive revolutionäre Verhalten“ abhängig machen. Was heißt das? Warum sagt man nicht, daß die Union bei der Wahl die Belegschaft vor die Frage ihrer Kampfplattform stellt und im positiven Falle durch ihre Mitglieder in den Aktionsausschüssen die Führung des Kampfes zum Zwecke seiner revolutionären Vorwärtsreibung übernimmt? Warum versteckt man sich hinter dem aktiv revolutionären Verhalten, das alles und gar nichts besagt? Haben einzelne Genossen noch Essener Bauchschmerzen von wegem, daß die tägliche Kämpfe im Gegensatz zur Revolution steht, daß wohl die Unionisten privater ihren „egoistischen“ Interessen nachgehen müssen, daß aber die Union die revolutionäre Entwicklung der revolutionären Klasseninteressen zu vertreten hat? Das ist die Frage und hier scheiden sich die Geister!

Der Antrag des 7. Bezirks, auf den in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden muß, ist ein zweifacher Widerspruch in sich. Einmal wird richtig von der Aufgabe der revolutionären Zuspitzung der wirtschaftlichen Kämpfe gesprochen und dann werden „sozialreformistische Kämpfe“ die Voraussetzungen für die revolutionäre Entwicklung abgelehnt. Der Widerspruch liegt klar auf der Hand. Ferner stellt sich der 7. Bezirk auf den „alten“ Standpunkt gegenüber den „Essenern“ und lehnt dazu im Gegensatz eine Änderung der bisherigen Taktik ab, ebenso wie der 3. Bezirk. Aber gerade der erste Widerspruch zeigt, wie man langsam von der damaligen Plattform gegenüber den Essenern abzurückt ist. Das gilt es gerade zu überwinden und damit die hieraus resultierende historische unklare „starre Taktik“, die bei einem Teil der Genossen ritterweise schon so zur Gewohnheit geworden ist, daß sie nicht mit unserer Stellung gegenüber den konterrevolutionären „Essenern“ vereinbar ist.

Die Frage ist einfach zu stellen: wo steht man auf dem Boden unserer Stellung zu den Lohnkämpfen, die mit mir Abspaltung der „Essener“ führt? Dann müssen wir uns klipp und klar dazu bekennen, ohne sich, eine revolutionärs unwürdigen, Anstacheln vor dem Verlust einer mittleren, unpolitischen Reihtheit“ leiten zu lassen, auf die man sich teilweise durch allzu bequeme und primitive Argumente gegenüber den Gewerkschaften und ihren Lakaien verläßt. Wir haben vor den Essenern unrecht getan, dann war die Spaltung ein Verbrechen an der Arbeiterklasse. Die 8. Reichskonferenz muß einen klaren Schlußfakt ziehen unter die Jahre eines Hin- und Herbewegens. Die Diskussion muß auf die Grundfrage, Es dürfte aber kein Zweifel darüber bestehen, daß sie sehr ergänzungsbedürftig sind.

Die Union können gewiß keine Verhaltensregeln für alle Fälle setzen. Sie haben aber die Pflicht, auf der Grundlage einer klaren Festlegung für alle Konsequenzen des Kampfes der AAU, ergeben, die nicht hinterfragen oder läßt. Hieran sachlich mitzuarbeiten und damit jedes Ausweichen und jedes Mißverständnis zu vermeiden, erümdet erst mit der Klärung der Thesen über die Stellung zu den Lohnkämpfen, die Bedingungen ihrer Führung und Konsequenzen ihrer Niederlage, über die positiven politischen Konsequenzen gegenüber den täglichen Betriebskonflikten und die Unionisten gegenüber den täglichen freien und freudlichen Abschlüssen der Diskussion herbeizuführen. Gelting das noch nicht, dann hätte die Reichskonferenz keinen Zweck in die Luft verpufft.

Resolution Groß-Hamburg zur Reichskonferenz. Ueber die Aufgaben der Union.

Die Bezirkskonferenz der AAU, Wasserkante begrüßt die erste in der Organisation vorhandenen Ansätze zur soz. namentlich bewußten Taktik als den einzigen Weg, der über den Alltagskampf des Proletariats zur endgültigen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit führt. Nur die schärfste Abgrenzung gegen jede „idealistische“ Spekulation kann die Union im Kampfe der Massen näherbringen. Die höchste Pflicht darin erblicken, in alle Arbeitskonflikte in dem Sinne einzugreifen, daß sich die Spitze des Kampfes gegen die Gewerkschaften und ihre Lakaien durch den Charakter der Massenaktion im weiteren Verlauf gegen die kapitalistische Staatsgewalt richtet. Sie muß immer wieder die Machfrage stellen und dadurch den politischen Charakter aller Kämpfe herausarbeiten. Sie hat die Pflicht, die Lohnkämpfe revolutionärer Vertrauensleute die Kämpfe vorbereiten und die Aktionen versuchen, das Kraftbewußtsein der Masse durch revolutionäre Aktionsausschüsse zu steigern. Sie muß immer und überall dem Verrat der gewerkschaftlichen Einheitsfront die praktischen Maßnahmen des Klassenkampfes entgegenzusetzen suchen und sie muß aus dem Widerstand des Proletariats gegen die kapitalistische Verelendungsoffensive die Antriebskraft der Arbeiterklasse schmelzen helfen.

Die Bezirkskonferenz der AAU, Wasserkante ruft alle Genossen auf, in diesem Sinne unverzüglich an die Arbeit zu gehen, damit die proletarische Klassenorganisation in den kommenden Kämpfen zum Hebel der Revolution wird. (Einstimmig angenommen.)

Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg.

Am 3. April stattgefundenen Bezirkskonferenz hatte die Aufgabe, zur Reichskonferenz der AAU, Wasser- und De-Bele, reit gab eine Analyse der politischen (internationalen) und wirtschaftlichen Lage, beleuchtete die Stellung der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Organisationen und zog daraus die taktischen Schlußfolgerungen für die AAU. Die Diskussion, die sich auf den vorliegenden Thesenentwurf konzentrierte, war äußerst lebhaft. Trotzdem allseitig die Notwendigkeit einer größeren Beweglichkeit ziemlich weit anerkannt wurde, gingen die Meinungen darüber ziemlich weit auseinander. Besonders von Berliner Genossen wurde nachdrücklich betont, daß das Verhältnis der AAU zu den wirtschaftlichen Kämpfen kein abstraktes sein dürfte. Das Resultat der Aussprache war, daß sich die Bezirkskonferenz auf den Boden der „Kampfrat“ Nr. 12 veröffentlichten Thesen stellte. Die Ortsgruppe Groß-Berlin beteiligte sich nicht an der Abstimmung, da hier die Diskussion noch nicht abgeschlossen ist. Nachdem die Delegierten gewählt (Nowawes, Bernau, Eberswalde und Forst) und die Berichte der Ortsgruppen entgegengenommen waren, fand die Konferenz ihren Abschluß.

Bezirkskonferenz Niedersachsen.

Am 13. März tagte in Alfeld L. eine Bez.-Konferenz der KAP und AAU. Erschienen waren Delegierte aus Hannover, Braunschweig, Delmenhorst, Alfeld und Kassel. In zwei Oppositionsgruppen wurde ein Einbeck zur Tagesordnung. Konferenz eine neue Ortsgruppe. Aus den Berichten der Delegierten spricht der langsam und zähe, aber vorwärts gehende Kampf um den Kommunismus auch im Bezirk Nieder-

sachsen. Reichhaltig und gründlich waren die Diskussionen. Mit besonderer Schärfe und Ausgiebigkeit wurden die Probleme des proletarischen Klassenkampfes aufgerollt und der Reformismus, auch in verstecktester Form, als das Todtfeind des proletarischen Befreiungskampfes herausgeholt. Ein entsprechender Niederschlag dieser Diskussion wurde als Resolution zur Reichskonferenz der AAU angenommen.

Großen Eindruck auf die Konferenz machte eine längere Erklärung eines KPD-Oppositionellen, wie er nach schweren Ringen, schon 1923 einmal von uns erlauft, unsere Flug-schriften und Propaganda als mitleidiges Konkurrenzunternehmen, unsere Auffassungen und Behauptungen als unüber-tragbar betrachtete, von uns neuerdings erlauft, sich als ehrlicher proletarischer Kämpfer zu uns gefunden hat. Es geht nicht mehr im Bezirk; Genossen, wirkt und werbt mit neuer Energie!

Aus der Bewegung Düsseldorf

Syndikalisten in der Stallfront. Anläßlich des Reichserwerbslosenrat am 18. 3., wo für Arbeit und Brot demonstriert werden sollte, wurden durch einen Aufruf der Erwerbslosen von Dülken und Süch-ing in nach Viersen gerufen. Der Aufruf war unterzeichnet von ADGB, KPD, Sportartell und Freie Arbeiter-Union sowie Erwerbslosenausschuß. Und dies, während die FAUD für den Bezirk Niederrhein ein Stempelbruderorgan heraus-schickte, und in jeder Zeile gegen ADGB und KPD. Ihn schwitzte, und in Düsseldorf selbst die Syndikalisten eine ge-trennte Erwerbslosenbewegung aufziehen, indem sie einen Erwerbslosenrat dem KPD-Erwerbslosenausschuß entgegen-setzen. Aber es ist schon sehr bei den „Antiautoritäten“ weiß die linke Hand nicht, was die rechte tut, das nennt man „Föderalismus“.

Bernau bei Berlin.

Am 23. März fand hier eine öffentliche Versammlung der AAU und KAP, statt, mit der Tagesordnung: „Sowjet-grammatik“. Der Besuch war nur schwach, da KPD und RFB lieber dableiben blieben. Desto aufmerksamer folgten die an-gewandten Arbeiter, unter denen democh die Gewerkschaften formen sichtbar waren. Die Ausführungen des Rotfront-Lin-ger Diskussions zeigten, daß über das gemeindefällige Doppelspiel der Leninisten noch völlige Unklarheit in der Provinz herrscht. Ein sich zum Wort meldender KPD-Stadtrat erklärte, über die Grammatik nicht sprechen zu können, da er darüber nicht genau informiert sei; im übrigen hätte ja die „rote Arbeit“ nicht „widerrechtlich“; er wünsche die Einheitsfront und bedauere deshalb die gegenseitige Zerfällung. Ihm, sowie allen Anwesenden, wurde aber ausführlich klargestellt, daß das Gebot der Stunde „Ers Klarheit, denn Mehrheit“ sei, d. h. die Einheitsfront der Proletariermassen nur auf den Trümmern der gewerkschaftlich-parlamentarischen Organisationen, auf dem Boden der AAU, erstehen kann.

Die Versammlung bewies immerhin, daß auch Bernau ein Feld ist, das nach zarter Bearbeitung politische Früchte tragen wird.

Mitteilungen Reich Achtung! Groß-Hamburg.

Ostern findet in Hamburg das Reichsjugendtreffen der Kommunistischen Arbeiter-Jugend und der Jugend-Gruppe „Entschiedene Linke“ statt. Union, Partei und Entschiedene Linke haben ein gemeinsames Komitee für die Durchführung der organisatorischen Vorbereitungen geschaffen. Zur Unterbringung der Jugendgenossen benötigen wir Geld und Quartiere.

Genossen! Zeichnet auf die zirkulierten Sammelblätter! Tragt Euch sofort in die Quartierlisten ein! Wendet Euch an alle sympathisierenden Klassenengen. Jeder revolutionäre Arbeiter übt Solidarität! Das vorbereitende Komitee.

AAU, Groß-Hamburg.

Am Montag, den 25. April, abends 8 Uhr, pünktlich, im Lokal Planitz, Michaelisstraße 50. Mitglieder der AAU, die an der Reichskonferenz teilnehmen, sind durch den Reichskonferenz. Jeder Genosse muß erscheinen!

An die Ortsgruppen Niedersachsens.

Laut Beschluß der Bez.-Konferenz beträgt die Umlage für Delegation zur Reichskonferenz 3 Mk. wöchentlich 0,50 Mk. Die erste Rate ist in der 12. Woche (Erlg. bis 27. März.) Sendet dieselbe sofort — damit keine Verzögerung entsteht. Geldsendungen sind zu richten an den Kassierer Gen. Aug. Wegener, Delmenhorst bei Alfeld a. L., Heimbuchstraße.

Öffentliche Quitting der VRUK, März 1927.

Pflichtbeitrag Berlin 70 Mk., Pflichtbeitrag Berlin-Brandenburg 20 Mk., Pflichtbeiträge Reich: Halle 7,80 Mk.; Landau 0,48 Mk.; Rüstingen 2,40 Mk., Sammelstellen Berlin: 2. Bez. Nr. 630 3,50; 3. Bez. Nr. 615 27,50; Nr. 616 4,00; Nr. 618 4,30; 4. Bez. Nr. 613 22,20; Nr. 614 2,10; 11. Bez. Nr. 604 1,20; Nr. 604 17,25; Nr. 605 14,50; Schultheiß-Bräuerer Abt. II, Nr. 604 21,00; AEG, Groß-kraftwerk Rummelsburg, Nr. 620 38,30 Mk. Sammelstellen Reich: Nürnberg Nr. 472 28,50 Mk.; Postkärten Berlin: 3. Bez. 9,50; 5. Bez. 3,00; 7. Bez. 3,50; Berlin-Brandenburg 5,00 Mk., Gen. H. F. Vruk 2,00 Mk., Teller-sammlung Märzfelder 22,70 Mark.

Groß-Berlin Wochenbeiträge.

In der 14. Woche (3. bis 9. April 1927) betragen die Beiträge 80 Pf., 1,30 Mk. und 1,80 Mk. Arbeitslose 11 Pf. Rück-ständige Umlagezeichen sind schnellstens zu kleben.

2. 3. 4. 18. 19. 20. Bezirk.

Mitgliederversammlung Freitag, den 8. April, im Lokal Franzl, Reimickerdorferstraße 42.

5. Unterbezirk (Friedrichshagen), Freitag, den 8. April — und 17. Unterbezirk (Lichtenberg) am selben Tage wichtige Sitzung bei Barsch, Neue Bahnhofstraße. Erscheinen aller Genossen beider Bezirke unbedingt Pflicht.

7. Unterbezirk (Charlottenburg), Sonnabend, den 9. 4. 27. abends pünktlich 7,30 Uhr, Lokal Koch, Schillerstr. 75; Mitglieder-Versammlung. Anträge und wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Genossen unbedingt notwendig. Verantw. Redakteur u. Herausgeber: Hermann Koch, Berlin N. Druck: Druckerlei für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17.

Mrs 16.17

Aus der Bewegung Agitation im Bergischen Land

Es hat den Anschein, als ob mit dem hereinbrechen des Frühlings im Bergischen Land der revolutionäre Eifer der Bergischen Proleten erwacht. Sogar die bisherige Gemütslosigkeit unserer Genossen scheint zu grabe getragen worden zu sein. Aus eigener Initiative veranstalteten sie einen Gruppenabend, wo zahlreiche Thälmann-Jünger vertreten waren, und in einem demnachst stattfindenden Gruppenabend mit Hilfe einer großen Kanone abrechnen wollten. Eine von Thälmann einberufene Erwerbslosenversammlung, zu welcher der linke Sozi Westki und den „Barrikadenkämpfer“ Scheiblich herangeschickt hatte, hielt unsere Genossen nicht davon ab, in der Diskussion zu sprechen und auf unsern Diskussionsabend am andern Tage hinzuweisen. Trotz Zusage waren die Thälmann nicht erschienen. Vielleicht ahnte ihr Gewissen, daß sie eine Abfuhr erleben werden, denn auch unsere Genossen hatten sich zum Thema des Abends „Vaterlandsverfehlung oder Klassenkampf“ einen Reiterreiten von Düsseldorf nach Köln lassen. Angesichts des Themas und des Tatsachenmaterials, welches vorhanden war, ist zu bedauern, daß der Besuch nicht dementsprechend war. Das wird uns aber nicht abhalten, weiter vorzugehen. Denn bei dem Wenigen sind die Ausführungen des Abends nicht schloß vorüber gegangen: das beweist uns der Wunsch der RFL-„Arbeiter“, weiterhin solche Anklärungsabende zu veranstalten. Der Erfolg ist die Aufnahme zweier neuer Mitglieder, darunter ein 30 Jahre gewerkschaftlich organisierter Proletarier.

Schreikämpfe der Granatpartei.

Die in Angriff genommene Arbeit unserer Genossen hat in den Ekkriten fanatische Feinde gefunden. Am andern Tage wurden Genossen im Volkhaus vom RFL am militärisch deli. Natürlich haben sich schon jene Ringkämpfer entschuldigt mit dem Hinweis, es war Befehl vom „Barrikadenkämpfer“ Scheiblich. Unsere Genossen gaben ihnen darauf die zugehörige Antwort. Und in Zukunft werden auch wir uns zur Wehr setzen, wenn es sein muß.

Die „Rote Tribüne“ läßt in Nr. 65 vom 18. März über unsere Genossen den bekannten Uks Jos. „In der Diskussion trat als erster der KAPist ... auf. Dieser „führer“ des heiligen KAP-Quartetts, kein Kampf um Lohnhöhe, kein Kampf um Lohnhöhe, kein Kampf um Lohnhöhe, aber Kampf gegen Sowjetrußland. (Auch eine Einheitsfronttaktik mit den Führern der SPD und den Rechtsparteien) usw. In seinem Schlusssatz wies Kollege Westki in kurzen Worten darauf hin, daß am 18. 3. im ganzen Reich eine Demonstration der Erwerbslosen sei. Dem Redner der KAPD, bewies er, daß er weder Ablehnung von den Schritten Karl Marx noch von Erwerbslosenorganisationen hätte. (Angerechnet ein Noske-Anhänger sagt es, der Berichterstatte).
Es braucht hier nicht hervorgehoben zu werden, daß unsere Genossen solche Möden Ausführungen nicht gemacht hat, dem kämpfen wir nicht auch um unsere Lebensessenz? Aber wir können sie nicht verbessern durch Reformen im Kapitalismus, so ist doch kurz der Sinn obiger Worte zu einem freundschaftlichen Bekenntnis von Vitos Heller bis zum Kommunisten eine Einheitsfront sehen, wie es der Merkwürdigen Konkrete zeigt, und wenn sich die Velbter Thälmann über das Wort Merkwürdigenkonkrete auch aufregt, es war ein geistiges Konglomerat und wird es auch bleiben.

Die „Einheitsfront“ ist Pleite

Immer mehr kommen die Granatpartei-Anhänger in den Harnisch. Der schon oben angeführte Referat war noch mit einem Genossen in Velbert geblichen, um dem sogenannten Reichsberufsstellenamt im Bergischen Land mit beizunehmen. Siehe da, man überführt uns: was wollt ihr hier unsere Einheitsfront zerstören, von wem werdet ihr bezahlt? und mehr solch ähnliche Dinge mühten wir uns anhörend. Präsident, auf die Elbe, werben wir verkaufen. So ganz koscher kann es uns schon nicht vor, denn der Erwerbslosentzug sollte in Völkchen stattfinden. Aber das Rätsel wurde bald gelöst, nämlich mittels des Velbter Einheitsfront mit eingereifter Fahne aus ihrer Heimat (GS Mann) nach Völkchen. In Völkchen fand das Rätsel seine vollständige Lösung. Um sich nicht zu blamieren, wurde nicht selbstschuldig Produkt, sondern ein Produkt, was waren nämlich aus folgenden Orten: Wilfrath, Mettmann, Velbert, Heilighaus, Langenberg, Haan und Grünich kann 200 Mann dem Rote der Einheitsfront gefolgt. Also Pleite mit der Einheitsfront im Kreise Mettmann. Nur die Proleten, die von Velbert 2 Stunden hin und zurück zu Fuß gegangen sind für dieses Ablenkungsmanöver „Reichsberufsstellenamt für Arbeit und Brot“, sind zu bedauern, und ziehen hoffentlich bald die Lehre daraus.

Düsseldorf

Die wilde Agitation der Außenseiter der KAP und Syndikalisten usw. gegen unsere Forderungen war in dieser Versammlung sehr gedämpft. (?) Diese Richtung ist in den Hintergrund gedrängt und macht nur noch Rückzugsgelächter.
So einer Fremdenselbst stößt das Stalogram, ein Bericht vom Niederrhein am 18. 3. in einem Versammlungsbericht aus. Also ist es demnach bisher und auch heute noch sehr genau mit den „Wirrköpfen“ der kleinen Gruppchen zu nehmen. Dieser selbsterbeweist sich aber auf Illusionen. Keine Rückzugsgelächter haben wir angestrebt, sondern wir sammeln uns, es ist die Ruhe vor neuem Angriff. Die Ausschlüsse aus der KPD, unter der Maske „parteilichem Verhalten“, welche aber wegen KAP-Bazillus erfolgen, beweisen uns, daß wir unsere Anreizmöglichkeiten jetzt richtig gesetzt haben. Sagen wir, die Agitation der „Außenseiter“ hat sich noch in eine andere Geleitzschne besehen.
Es heißt dann aber so ganz kleinlaut in dem Bericht weiter am Schluß: „Aber die Diskussion! Hier zeigte sich wieder die Schwäche der Bewegung. Ist es denn unbedingt nötig, daß in solchen Versammlungen geredet wird, bis die Hälfte der Versammlung allmählich das Lokal verlassen hat? Dieses zeigt, daß die Klarheit und die Zielsicherheit in den Reihen der Erwerbslosen selbst noch viel zu wünschen übrig lassen.“
Demnach waren also doch „Nörgler“ da. Ja, die Proleten lassen sich auch ohne die bekannten KAP- und AAU-Genossen nicht eine Kirchenversammlung aufbinden, wo nur der Pfaffe (vom Landesschau der Erwerbslosen) Geleitet. Das muß also die „Freiheit“ doch bekennen. Und mit uns werden die Erwerbslosen, welche denken können, fragen: wo ist das Erwachen der Erwerbslosen, wie es in der Uberschrift des Versammlungsberichts heißt. Gibt man doch selbst zu, daß das Volkhaus und Galerie stark besetzt war; aber was ist das angesichts der weit über zwanzigtausend Erwerbslosen in Düsseldorf. Erwacht, Erwerbslose, gebracht rücksichtslos das Schwert der revolutionären Kritik.

Bezirkskonferenz Rheinland-Westfalen

Anwesend waren Delegierte aus den Ortsgruppen: Düsseldorf, Velbert, Barmen, Ronsdorf, Bonn, Köln und Kaiserslautern, außerdem Vertreter der Bezirksleitung des RAA, der AAU, und Vertreter der KAPD, des Bezirks.
Mit einem kurzen Hinweis auf die augenblickliche Lage des Proletariats und die Bedeutung der Bez.-Konferenz wurde dieselbe am 2. April eröffnet. Nach Erledigung der formalen Angelegenheiten, Wahl des Büros der Berichterstatte usw., wurde die im Bezirksrundschrift vorgezeichnete Tagesordnung abgelesen. In dem nun folgenden Bericht des BAA, kam zum Ausdruck, daß die Ortsgruppen in genügender Maße auf die Anregungen seitens des BAA, reagierte, welches sich notwendig zum Nachteil für die Bewegung auswirken mußte. Wohl wurden die bestehenden Mängel (Fehlen geeigneter Kräfte, die besonderen Verhältnisse u. a.) zum Ausdruck gebracht, jedoch auch darauf verwiesen, daß bei systematischer Einteilung der vorhandenen Kräfte manches hätte besser durchgeführt werden können. So z. B. die planmäßige Abhaltung von fortlaufenden Diskussionsabenden, Erfassung der durch die Granatangelegenheit gegebenen Situation usw. Allseitig wurden in der hierauf folgenden Berichterstatte der Gruppen die Arbeiten des BAA, anerkannt und die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gruppen dargelegt. Bemerkenswert ist in den Berichten ist die Feststellung, daß trotz des Terror und der Sabotage seitens der „einzigsten Arbeiterpartei“ der KPD, allerorts der Gedanke der AAU, und KAP, ständig im Wachen begriffen ist, daß die denkenden Proletarier langjährligen Charakter der „einzigsten Arbeiterpartei der KPD“ zu bezweifeln.
Der Bericht des Kassierers ergab, daß mit wenigen Ausnahmen die Gruppen ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, jedoch mehr Gewicht auf Rechtmäßigkeit in Zukunft gelegt werden muß. Vor allem ist es der erforderlichen Ueberleitung werden ummänglich notwendig, daß in Zukunft alle „Pflichterfüllung über die Gruppen, den RAA, zur Ausführung gelangen. (Ausgenommen sind hier nur die für die Presse bestimmten Gelder, welche direkt einzusenden sind.) Die Delegierten verpflichteten sich für die Durchführung in obigen Sinne einzusetzen, da allseitig anerkannt wurde, daß die Ausweitung der Agitation am meisten mit dem Finanzproblem verknüpft sei.

In der reichhaltigen Diskussion über die Aufgaben und Taktik der Gruppen zur kommenden Reichskonferenz wurde insbesondere die Notwendigkeit der beweglichen Taktik zu den Kämpfen des Proletariats — der Anwendung unseres Proletarier zur Aufgabe nicht erkannt, und eine einheitliche Taktik, welche niemals das Sammelbecken des komplexen revol. Proletariats darstellen, das notwendig ist, um Kapital und Arbeit erfolgreich einzusetzen, zwischen der Taktik der Forderung der Einheitsfront und der Einheitsfront, die die Delegierten verpflichteten sich für die Durchführung in obigen Sinne einzusetzen, da allseitig anerkannt wurde, daß die Ausweitung der Agitation am meisten mit dem Finanzproblem verknüpft sei.

In den Reichskongressen ist auch in den Bezirken und Ortsgruppen eine enge Fühlungnahme der KAP, und AAU, mit der EL, anzustreben. An Orten, wo noch keine EL vorhanden ist, muß versucht werden, eine solche zu schaffen. Angebracht ist hier, an in Frage kommende KPD-Genossen die EL-Zeitung abzugeben, bzw. Adressen solcher Genossen an die Bezirksleitung zu schicken. Um die Arbeit richtig durchführen zu können, ist erste Zusammenarbeit der Gruppen mit der Bezirksleitung notwendig.
Eine Selbstverständlichkeit muß es hierbei sein, daß wir den Stand der Dinge genau beachten und fördern. Vor allem müssen hier von uns Genossen eingesetzt werden, die auch fähig sind, die EL zu bearbeiten. Besonders die KAP, hat die Aufgabe, die Entwicklung der EL, bis zum Eintritt in die AAU, zu fördern.
Wie in den Reichskongressen ist auch in den Bezirken und Ortsgruppen eine enge Fühlungnahme der KAP, und AAU, mit der EL, anzustreben. An Orten, wo noch keine EL vorhanden ist, muß versucht werden, eine solche zu schaffen. Angebracht ist hier, an in Frage kommende KPD-Genossen die EL-Zeitung abzugeben, bzw. Adressen solcher Genossen an die Bezirksleitung zu schicken. Um die Arbeit richtig durchführen zu können, ist erste Zusammenarbeit der Gruppen mit der Bezirksleitung notwendig.

Resolution zur Frage der Entschlossenen Linken.

Die Liquidation der 3. Internationale zu einem Plus für die Revolution gestalten, heißt: die antiparlamentarische, antigerichtliche Organisation stärken. Bei der Beibehaltung der Zersetzungs- und Oppositionserscheinungen der 3. Internationale und unser dementsprechend einschlägigen Taktik muß ausgegangen werden von der Kausalwirkung der sich zersetzenden 3. Internationale. Für uns alle gilt die Tatsache: Im Verlauf der russischen Revolution hat sich ökonomisch die kapitalistische Ordnung durchgesetzt, deren Stützpunkt heute die Stalinsche KPR ist, welche die gesamten Welt in ihre außenpolitischen Dienste gestellt hat und sie dafür bezahlt. Die Opposition ist die ideologische Reliquie des sich vertiefenden Gegensatzes des nepprassischen und proletarischen Klasseninteresses. Die 3. Internationale versucht aber noch immer die Zentrifugalkraft der proletarischen Revolution in Rußland nachzuweisen; Die leninistischen Parteistellungen bezahl von russischen Staats, können aber trotz politischer und personeller Korruption auf die Dauer ihre verbrecherische Politik nicht verschleiern. Die Opposition in der Komintern ausseren zu können, heißt die Komintern zu liquidieren. Ausgehend von dieser Tatsache, unter Berücksichtigung der ideologischen Barriere, die Moskau durch seine Ruhestellung (angefangen bei Paul Levi, über Brandler hinweg bis zu Thälmann) zwischen uns und der KPD-Mitgliedschaft errichtet hat, war es eine politische Notwendigkeit, jenen Teil der KPD-Opposition, der sich bis zu unserer prinzipiellen Auffassung durchgerungen hat, nicht sofort organisatorisch in unsere Reihen zu integrieren, sondern sie zu isolieren und sie in der Komintern durchaus nicht ihren Anfang im grundsätzlichen Antiparlamentarismus nimmt. In dieser Tatsache liegt die besondere historische Bedeutung der KPD-Opposition in der Komintern durchaus nicht ihren Anfang im grundsätzlichen Antiparlamentarismus nimmt. In dieser Tatsache liegt die besondere historische Bedeutung der KPD-Opposition in der Komintern durchaus nicht ihren Anfang im grundsätzlichen Antiparlamentarismus nimmt.

Die Liquidation der 3. Internationale zu einem Plus für die Revolution gestalten, heißt: die antiparlamentarische, antigerichtliche Organisation stärken. Bei der Beibehaltung der Zersetzungs- und Oppositionserscheinungen der 3. Internationale und unser dementsprechend einschlägigen Taktik muß ausgegangen werden von der Kausalwirkung der sich zersetzenden 3. Internationale. Für uns alle gilt die Tatsache: Im Verlauf der russischen Revolution hat sich ökonomisch die kapitalistische Ordnung durchgesetzt, deren Stützpunkt heute die Stalinsche KPR ist, welche die gesamten Welt in ihre außenpolitischen Dienste gestellt hat und sie dafür bezahlt. Die Opposition ist die ideologische Reliquie des sich vertiefenden Gegensatzes des nepprassischen und proletarischen Klasseninteresses. Die 3. Internationale versucht aber noch immer die Zentrifugalkraft der proletarischen Revolution in Rußland nachzuweisen; Die leninistischen Parteistellungen bezahl von russischen Staats, können aber trotz politischer und personeller Korruption auf die Dauer ihre verbrecherische Politik nicht verschleiern. Die Opposition in der Komintern ausseren zu können, heißt die Komintern zu liquidieren. Ausgehend von dieser Tatsache, unter Berücksichtigung der ideologischen Barriere, die Moskau durch seine Ruhestellung (angefangen bei Paul Levi, über Brandler hinweg bis zu Thälmann) zwischen uns und der KPD-Mitgliedschaft errichtet hat, war es eine politische Notwendigkeit, jenen Teil der KPD-Opposition, der sich bis zu unserer prinzipiellen Auffassung durchgerungen hat, nicht sofort organisatorisch in unsere Reihen zu integrieren, sondern sie zu isolieren und sie in der Komintern durchaus nicht ihren Anfang im grundsätzlichen Antiparlamentarismus nimmt. In dieser Tatsache liegt die besondere historische Bedeutung der KPD-Opposition in der Komintern durchaus nicht ihren Anfang im grundsätzlichen Antiparlamentarismus nimmt.

Die Liquidation der 3. Internationale zu einem Plus für die Revolution gestalten, heißt: die antiparlamentarische, antigerichtliche Organisation stärken. Bei der Beibehaltung der Zersetzungs- und Oppositionserscheinungen der 3. Internationale und unser dementsprechend einschlägigen Taktik muß ausgegangen werden von der Kausalwirkung der sich zersetzenden 3. Internationale. Für uns alle gilt die Tatsache: Im Verlauf der russischen Revolution hat sich ökonomisch die kapitalistische Ordnung durchgesetzt, deren Stützpunkt heute die Stalinsche KPR ist, welche die gesamten Welt in ihre außenpolitischen Dienste gestellt hat und sie dafür bezahlt. Die Opposition ist die ideologische Reliquie des sich vertiefenden Gegensatzes des nepprassischen und proletarischen Klasseninteresses. Die 3. Internationale versucht aber noch immer die Zentrifugalkraft der proletarischen Revolution in Rußland nachzuweisen; Die leninistischen Parteistellungen bezahl von russischen Staats, können aber trotz politischer und personeller Korruption auf die Dauer ihre verbrecherische Politik nicht verschleiern. Die Opposition in der Komintern ausseren zu können, heißt die Komintern zu liquidieren. Ausgehend von dieser Tatsache, unter Berücksichtigung der ideologischen Barriere, die Moskau durch seine Ruhestellung (angefangen bei Paul Levi, über Brandler hinweg bis zu Thälmann) zwischen uns und der KPD-Mitgliedschaft errichtet hat, war es eine politische Notwendigkeit, jenen Teil der KPD-Opposition, der sich bis zu unserer prinzipiellen Auffassung durchgerungen hat, nicht sofort organisatorisch in unsere Reihen zu integrieren, sondern sie zu isolieren und sie in der Komintern durchaus nicht ihren Anfang im grundsätzlichen Antiparlamentarismus nimmt. In dieser Tatsache liegt die besondere historische Bedeutung der KPD-Opposition in der Komintern durchaus nicht ihren Anfang im grundsätzlichen Antiparlamentarismus nimmt.

Resolution Niedersachsen zur Reichskonferenz.

Der Verrat am Sozialismus, die Unfähigkeit, den Ausweg aus der Todeskrise des Kapitalismus zu gehen, die offene kapitalistische Politik der Fesselung des Proletariats an die Privatigentumsordnung durch alle parlamentarisch-ökonomischen Organisationen hat seine Wurzel in dem als Mittel zum Zweck gedachten, in der jahrelangen Praxis des Scheiterns gewordenen Reformismus der Arbeiterbewegung. Unter Voraussetzung dieses Erkenntnis hat die Allianz Arbeiter-Union und Komm. Arbeiter-Partei sich ihr Programm des Kampfes um den Kommunismus geschaffen.
Der Kommunismus ist untrennbar verbunden mit der Zerstörung jeder Illusion und Hoffnung auf den Reformismus, seiner Anwendung als „kleinere Uebel“ sowohl, als „Hebel zur proletarischen Revolution“.
Diese Lehre vom Selbst- und Klassenbewußtseinsentwicklung des Proletariats zum Kommunismus muß die Grundlage der AAU sein, wenn sie nicht den Entwicklungsgang der SPD, und KPD, wiederholen will.

Der Verrat am Sozialismus, die Unfähigkeit, den Ausweg aus der Todeskrise des Kapitalismus zu gehen, die offene kapitalistische Politik der Fesselung des Proletariats an die Privatigentumsordnung durch alle parlamentarisch-ökonomischen Organisationen hat seine Wurzel in dem als Mittel zum Zweck gedachten, in der jahrelangen Praxis des Scheiterns gewordenen Reformismus der Arbeiterbewegung. Unter Voraussetzung dieses Erkenntnis hat die Allianz Arbeiter-Union und Komm. Arbeiter-Partei sich ihr Programm des Kampfes um den Kommunismus geschaffen.
Der Kommunismus ist untrennbar verbunden mit der Zerstörung jeder Illusion und Hoffnung auf den Reformismus, seiner Anwendung als „kleinere Uebel“ sowohl, als „Hebel zur proletarischen Revolution“.
Diese Lehre vom Selbst- und Klassenbewußtseinsentwicklung des Proletariats zum Kommunismus muß die Grundlage der AAU sein, wenn sie nicht den Entwicklungsgang der SPD, und KPD, wiederholen will.

Mitteilungen

Reich

AAU, Groß-Hamburg.

Am Montag, den 25. April, abends 8 Uhr, pünktlich, im Lokal Planthof, Michaelsstraße 50, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht von der Reichskonferenz. Jeder Genosse muß erscheinen!

München.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, Zusammenkunft. Auskunft erteilen die Zeitungsredakteure der AAU, und KAP.

Groß-Berlin

Wochenbeiträge.

In der 15. Woche (10. bis 16. April 1927) betragen die Beiträge 80 Pfg., 1.— Mk. und 1,30 Mk. Arbeitslose 10 Pfg.

Vollversammlung der Erwerbslosen.

am Montag, den 25. April im Lokal Thiel, Rückertstr. 10. Thema: Politisch-wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der Erwerbslosen.

Erwerbslosenfraktion Charlottenburg.

Dienstag, 19. April, vormittags 10 Uhr Fraktions-Sitzung im Lokal Schillerstr. 75. Erscheinen aller arbeitslosen Unionengenossen ist unbedingt notwendig.

Erwerbslose Neukölln.

Jeden Dienstag, vormittags 10 Uhr, Fraktions-Sitzung im Lokal Schwarzvogel, Fontanestraße 26. Alle arbeitslosen Unionengenossen sind verpflichtet, zu erscheinen.

Verantw. Redakteur u. Herausgeber: Hermann Koch, Berlin N. 17. Druck: Druckerei f. Arbeiterliteratur, W. Iszdorn, Berlin O. 17.

Der Kampf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrgang 8, Nr. 16 1927

Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Laustitzer Platz 13

Preis 15 Pfennig

Die Ordnung herrscht in China!

An die Proletarier aller Länder!

Arbeiter! Klassengenossen!

In den vergangenen Monaten und Wochen, in den letzten besonders, haben sich vor Euren Augen Ereignisse von unvorstellbarer Bedeutung für den Befreiungskampf der internationalen Arbeiterklasse abgespielt. Ereignisse, die mit ihrer überhört dramatischen Wucht und ihrem eindeutigen Charakter auch dem letzten urteilsfähigen Proletarier zeigen müssen, welchen konterrevolutionären Stumpf der Weg der reformistischen Instanzenpolitik führt.

In China ist soeben der Krieg gegen die Ausbeutungsprivilegien der imperialistischen Weltmächte (Amerika, Japan und England) an seinen entscheidenden Wendepunkt gelangt. Der nationale Unabhängigkeitskampf der erwachten chinesischen Bourgeoisie ist in seine letzte Etappe der historischen Klassenscheidung getreten: er hat den Rahmen der sogenannten „Volksrevolution“ gesprengt und ist offen zum Bürgerkrieg gegen das chinesische Proletariat umgeschlagen!

Die Arbeiter Schanghai's, die vor wenigen Wochen einmühsamer Kampf um ihren politischen Bestand unternommen, sind am frühen Morgen des 11. April plötzlich entworfen worden — von diesen, ihren vermeintlichen Bundesgenossen! Und als die Proletarier Schanghai's in ihren Frauen und Kindern in einer Massendemonstration die Rückgabe der Waffen forderten, wurde ihnen darauf zur Antwort ein erbarmungsloses Maschinengewehrfeuer. In Kanon, der Metropole der Kuomintang-Herrschaft, die gleiche blutige Aktion: gewaltsame Entwaffnung der Arbeiterwehren. In beiden unter den Demonstrationen.

Unter der Leitung des Kuomintang-Generals Tschangkaikang haben prominente Offiziere der Kantonomie ihre heuchlerische Maske der Arbeiterfreundlichkeit abgeworfen und zur militärischen Offensive gegen die chinesischen Proletarier übergegangen. Zug um Zug werden die Arbeiter der chinesischen Städte entworfen, ihre politischen und gewerkschaftlichen Organisationen aufgelöst, ihre Funktionäre verhaftet.

Die Straßen Shanghais und Kantons sind rot gefärbt vom Blute tausender niederzemetzelter Proletarier, die Köpfe von Arbeiterführern rufen in den Sand: der „nationale Befreiungskrieg“ in China entpuppt sich als leibhaftig Konterrevolution für das Proletariat, wie der deutsche Nostekurs!

„Verrat der rechten Kuomintangführer!“ verkündet die Berliner „Rote Fahne“ dem internationalen Proletariat alarierend aus Osterostschaf, „Tschangkaikang, der Büttel der Imperialisten!“
Jawohl, die Arbeiter in Shanghai die der Kantonomie die Stadttore öffnen, sind kahlköpfig verraten worden. Jawohl, die chinesischen Proletarier, die sich politisch den Befehlen der Kuomintang-Generale unterstellten, hatten sich mit ihren eigenen Henkern verbunden.

Doch der „Verrat der rechten Kuomintangführer“ — das ist auch gleichzeitig der rückwärts Verrat Rußlands und seiner Komintern-Sekunden am „chinesischen und internationalen Proletariat!“

Rußland steht im imperialistischen Bündnis mit der Kanterrevolution, d. h. mit den chinesischen Nationalkapitalisten und Agrariern. Die russische Regierung unterstützt den Verrat der Kuomintang gegen die „fremdlandischen Räuber“, weil dies im weltpolitischen Interesse ihres nepprassischen Bündnisses liegt. Und die III. Internationale als das Werkzeu des russischen Nepprassismus hat diese Bündnispolitik Moskauer Regierung aktiv unterstützt. Sie hat das Proletariat Chinas unter Verzicht auf seine ureigensten Klasseninteressen zum Kampf aufgerufen lediglich für die national-revolutionären kapitalistischen Ziele der Kuomintang, die der Kuomintang befohlen und ihnen damit von vornherein die Waffen der proletarischen Klassenkampfkraft aus den Händen geschlagen. Sie hat den russischen Nepp-Männern zugehört den chinesischen Arbeitermassen bewußt verschwiegen.

daß sie angesichts der kapitalistischen (und im Verlaufe der Fortentwicklung auch imperialistischen) Perspektive des Unabhängigkeitskrieges ihrer Bourgeoisie von Anfang an unter eigener Klause in die Hände zu spielen — und weil sie dies schwiegerte, deshalb sind jetzt die Proletarier Chinas blindlings in die Maschinengewehre Tschangkaikangs hineingeraten.

Die dritte Internationale hat weiter die chinesischen Arbeiter isoliert, indem sie die Kräfte des europäischen Proletariats in Sympathieaktionen für die kapitalistische Kuomintang-Partei verpöht hat. Die leninistische Illusionsparole, daß in der heutigen imperialistischen Phase des Weltkapitalismus die Selbständigkeitsbestrebungen bürgerlicher Staaten noch fortschrittliche Krieg in der gegenwärtigen Epoche nach den vorliegenden Erfahrungen des internationalen Proletariats nur der Krieg gegen den Kapitalismus überhaupt ist. Durch diese Politik, die faktisch die Verteidigung kapitalistischer Vaterländer proklamiert, ist die Komintern vor der Geschichte voll verantwortlich dafür, daß die allein wirksame Hilfe für die europäischen Proletarier — nämlich die Totsolidarität der europäischen Arbeitermassen — in die Form des revolutionären Machtkampfes zum Sturz der kleinen Bourgeoisie ausbleibt.

Wenn deshalb heute die „Rote Fahne“ über Verrat schreibt, so ist dies dasselbe wie das heuchlerische Geflüster der deutschen Ebert-Masse über die Meutereien des Spartakus im Jahre 1919. Denn die dritte Internationale hat durch ihre Einheitsfront mit den Kuomintang-Kapitalisten selbst darauf verzichtet, die chinesischen Arbeiter zur Alarmbereitschaft aufzurufen angesichts des Ausbruchs jener faschistischen Reaktionen, die sich im Schöße des bürgerlichen Unabhängigkeitskrieges zwangsläufig entwickeln mußte. Nur politische Krieger des Interesses des Proletariats richten muß, die die Siege der Kantonomie die Kuomintang-Partei vor der Aufgabe stellen, zur Schaffung einer möglichst günstigen Verhandlungsbasis mit den ausländischen Mächten vor allem die „Ruhe und Ordnung“ im eigenen Herrschaftsgebiet herzustellen. Die Führer der III. Internationale haben dem Weltproletariat diesen konterrevolutionären Plerdeß der chinesischen Nationalrevolution verschleierte mit der Phrase vom „Freiheitskampf unterdrückter Völker“, d. h. sie haben im Interesse der russischen Nepp-Bourgeoisie die heute allein ausführende historische Entscheidung ausgewichen sind, deshalb klebt das Blut der gemetelten chinesischen Arbeiter nicht nur an den Händen der „rechten“ Kuomintangführer, sondern auch an den Fingern der leninistischen Instanzenpolitik. Die Zeit der „massischen“ bürgerlichen Revolution, in der schon die Proletarier ihr Bündnis mit dem Bäckerturn vor dem Ständergericht der stierischen Bourgeoisie auflösen mußten, ist vorbei. Im Zeitalter des Imperialismus werden die siegreiche nationale Revolution umso grausamer gegen die Arbeiter vorgehen, als die Arbeiterklasse im Weltmaßstabe zu einem entscheidenden Faktor geworden ist.

Es müssen euch die Schuppen von den Augen fallen, wenn ihr euch des unerhört frivolen Spiels erinnert, das in den vergangenen Monaten und Wochen mit euch getrieben wurde. Erinnert euch: als die Enthaltungen des „Manchester Guardian“ über die „Sowjetarmen“ Rußland als einen Munitionslieferanten der deutschen Konterrevolution entlarften, werden die KPD-Bonzen das Proletariat von diesem unehrenhaften Verrat Neu-Rußlands und seiner Komintern ablenken mit dem zülfelnden Telegramm über den Fall Schanghai. Als dann nach Wochen die Kantontropen Schanghai ohne ernstlichen Widerstand besetzten, wurde dieses Ereignis als ein entscheidender „Sieg der proletarischen Weltrevolution“ ausposaunt. Ein fanatischer Chinarumme wurde inszeniert, mit Pauken und Trompeten wurde jede Stimme revolutionärer Kritik unterdrückt. Generale und Kapitalisten der Kuomintangpartei

wurden von der KPD, im Triumphzuge durch Deutschland getragen und ritten auf den Schultern Roter Frontkämpfer in Arbeiterversammlungen umher. Thälmann legte „im Namen des deutschen Proletariats“ überall den Schwur auf die Fahne der Kantonomie ab; eine beispiellose Hurra-Stimmung der Arbeiter für die Kuomintang wurde von der KPD, entfacht.

Jetzt hat in China die Szene mit einem Schlage gründlich gewechselt. Es ist eingetreten, was die Allgemeine Arbeiter-Union, die Kommunistische Arbeiter-Partei und die Entscheidungslinke schon lange vorausgesagt haben. Der chinesische Unabhängigkeitskrieg ist in das Stadium der Konsolidierung seiner konterrevolutionären Fronte, die Notwendigkeit, die ausländischen Kapitalgruppen über kurz oder lang neue Verträge abzuschließen, stellt die klassenbewußtesten Führer der Kuomintang-Partei vor die brennende Aufgabe, endlich Schluß zu machen mit den die Stabilisierung der Ausbeutung störenden Rebellen der Lohnsklaven. Wie in jeder bürgerlichen Revolution die Klassenscheidung sofort zutage tritt, nachdem die Proletarier für ihre Bourgeoisie die Kastanen aus dem Feuer geholt haben, so auch jetzt in China. Die Interessengruppe brechen mit elementarem Wucht auf und sprengen den von Rußland und seiner Komintern gestützten Block zwischen Proletariat, Bauernschaft und industrieller Bourgeoisie einfach in die Luft. Die nationalrevolutionäre Einheitsfront, d. h. die Kuomintangpartei selbst ist die Brutstätte der Reaktion, das Zentrum der Gegenrevolution.

Die „Ordnung“ herrscht in Shanghai, in Kanton, im Lande der Kuomintang — wie sie 1919 in Berlin und München, 1921 in Mitteldeutschland, 1923 im Oktober in Hamburg geherrscht hat! Die „Ordnung“ des Kapitalismus herrscht in „befreiter“ China! Aus den Reihen der Kuomintang erstanden die Gallifex, die Noskes, die Mussolinis, die Henker des chinesischen Proletariats!

Und Rußland? Und die Komintern? — Sie stehen im Lager der chinesischen Konterrevolution! Sie sind die Gefangenen der faschistischen Kuomintang!

Kuomintang-Generale entworfen die Arbeiter Schanghai's und Kantons, und schleiten sie wie tolle Hunde nieder — die Moskauer „Prawda“ aber erklärt laut „Rote Fahne“ vom 10. April: „Die kommunistische Partei Chinas wird sich noch fester in der Kuomintang zusammenschließen!“

Kuomintang-Generale schlagen den Führern des chinesischen Proletariats die Köpfe ab — und die Exekutive der dritten Internationale antwortet darauf: „Es lebe die revolutionäre Kuomintang!“

Die „Ordnung“ herrscht im Lande der Kuomintang — und die Komintern gibt ihren Segen dazu wie die Sozialdemokratie vor ihrer Erschlagung der deutschen Arbeitermassen! Die angeblich „Rote“ Armee Rußlands rührt keinen Finger, kein russischer „Rot“-Armist steht auf keinem Boden, um den kämpfenden Proletarier zu Hilfe zu eilen.

Proletarier! Klassengenossen!

In dieser Stunde, wo die Besten der chinesischen Arbeiterschaft von der Kuomintang zerschnitten werden, muß euch die achte Reichskonferenz der Allgemeinen Arbeiter-Union zu Hilfe führen: den Weg der reformistischen Instanzenpolitik. Beschreitet den geraden Weg der proletarischen Klassensolidarität, die wieder in Europa noch in China einen Burgfrieden mit kapitalistischen Schichten kennt. Rechnet erbarmungslos ab mit den leninistischen Führern, den Trautanten des chinesischen Faschismus.

Im Gedanken an die niedergemetelten Arbeiter Schanghai's und Kantons marschiert auf unter den Fahnen der AAU, und KAP, mit dem Schlußruf:
Nieder mit der faschistischen Kuomintang!
Nieder mit den leninistischen Arbeiterbetrügnern!
Es lebe das chinesische Proletariat!
Es lebe der internat. Kampf gegen die Bourgeoisie!
Die VIII. Reichskonferenz der AAU.